



Landeshauptstadt
Düsseldorf

Inhaltsverzeichnis

Nr.	Handlungsempfehlung	Seite
	Vorbemerkung	3
1	Vergünstigungen durch den Düsselpass ausweiten	4
2	Sozialticket	4
3	Anpassung von Anträgen, Formularen und Bescheiden.....	5
4	Prüfung des Verfahrens der jährlichen wiederkehrenden Beantragung der Grundsicherungsleistungen (SGB XII)	5
5	Mehrsprachiges Informationsmaterial.....	5
6	Behördenkommunikation freundlicher gestalten.....	6
7	Broschüre mit Vergünstigungsangeboten für Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen.....	6
8	Seniorenhotline.....	6
9	Senioren-Sprechstunden	7
10	Senioren-App.....	7
11	Klärung von Bedürfnissen von Menschen mit Migrationshintergrund	7
12	Informationen über die Seniorenhilfe (Jugendamt)	8
13	Besuchsdienst für Seniorinnen und Senioren	8
14	Aufbau von Netzwerken / Nachbarschaftshilfe	8
15	Zusammenarbeit von Institutionen.....	9
16	Sozialraumanalyse	9
17	Ausbau der Beratungszeiten in den „zentren <i>plus</i> “	9
18	Schaffung zusätzlicher niedrigschwelliger Angebote für die „Alten von morgen“	10
19	Professioneller Ausbau bürgerschaftlichen Engagements.....	10
20	Einsatz eines mobilen Beratungsdienstes	11
21	Einbeziehung junger Menschen	11
22	Umzugsmanagement / Wohnungstausch	11
23	Wohnrecht stärken.....	12
24	Mehr barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen.....	12
25	Wohnprojekte	13
26	Werbekampagne zur Bekanntmachung der Angebote	13

Die Nummerierung der Handlungsempfehlungen stellt keine Wertung dar.

Vorbemerkung

Am 13. April 2018 fand im Düsseldorfer Rathaus auf Anregung des Seniorenrates ein Fachtag zum Thema „Armut und Einsamkeit im Alter“ statt. 270 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Seniorenrat, Integrationsrat, Gesundheitswesen, Kirchen, Wohnungswirtschaft, Sozialverbänden, Gewerkschaften, Initiativen und Organisationen und aus dem Beirat zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung sowie dem Jobcenter haben teilgenommen und ihre Sachkenntnis eingebracht.

In vier Workshops zu den Themen "Einsamkeit", "Teilhabe und Vergünstigungen", "Verschämte Armut" und "Wohnen" beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den verschiedenen Problemlagen älterer Menschen in Düsseldorf. Sie erarbeiteten eine Reihe von Vorschlägen: In allen Workshops wurde unter anderem thematisiert, dass der Umgang mit älteren Menschen empathischer und wertschätzender werden muss. Dazu könnte beitragen, dass Leistungen als selbstverständlich angesehen werden, und sich die Betroffenen nicht wie Bittsteller vorkommen müssen.

Der Seniorenrat hat in seinem Themenkreis „Altersarmut – Alterseinsamkeit“ die Impulse aus dem Fachtag aufgegriffen. Gemeinsam mit Vertretungen aus Politik, Wohlfahrtsverbänden, Verwaltung und weiteren Interessierten wurde in vier „Ad-hoc-Arbeitsgruppen“ daran gearbeitet, die Ideen aus den Workshops des Fachtages aufzuarbeiten und zu Handlungsempfehlungen zusammenzuführen. Das Amt für Soziales arbeitet bei diesem Vorgehen eng und unterstützend mit dem Seniorenrat zusammen.

Die nachfolgenden Handlungsempfehlungen / Maßnahmen dienen dazu, Möglichkeiten aufzuzeigen, die Lebenssituation von Seniorinnen und Senioren, die von Altersarmut oder Alterseinsamkeit betroffen sind, zu verbessern.

Durch ein offensives Herangehen an die Thematik, nicht nur durch gezielte Einzelmaßnahmen, kann es gelingen, die Themen Altersarmut und Alterseinsamkeit zu enttabuisieren und den Weg hin zu einer empathischeren Grundhaltung gegenüber Betroffenen zu ebnet. Aus diesem Grund betreffen die breit angelegten Maßnahmen nicht nur verschiedene Lebenssituationen älterer Menschen sondern auch unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche der Verwaltung.

Beabsichtigt ist, die erarbeiteten Handlungsempfehlungen dem Seniorenrat, dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie weiteren relevanten politischen Gremien zur Beratung vorzustellen. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales wurde in seiner Sitzung am 20. Juni 2018 über die dargestellte Vorgehensweise informiert. Das Amt für Soziales hat die federführenden Ämter gebeten, die Maßnahmen in eigener Verantwortung umzusetzen und nach Bedarf die jeweiligen Fachausschüsse hinzuzuziehen.

Für die erforderliche Transparenz im Gesamtprozess ist eine Evaluation der Einzelmaßnahmen für Mitte 2019 vorgesehen. Das Ergebnis wird dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales im Herbst 2019 vorgestellt.

Handlungsempfehlung 1

Vergünstigungen durch den Düsseldorfspass ausweiten

Maßnahmen / Vorgehen

- Mit der Familien- und Ehrenamtskarte können zahlreiche Vergünstigungen wahrgenommen werden. Den Anbietenden dieser Vergünstigungen soll der Düsseldorfspass vorgestellt werden. Danach soll durch ein Schreiben des Oberbürgermeisters abgefragt werden, ob sie bereit sind, auch für Inhaberinnen und Inhaber des Düsseldorfspasses Vergünstigungen einzuräumen. Darüber hinaus sollen Dachverbände, wie beispielsweise der Einzelhandels- oder Apothekerverband, einbezogen werden.
- Bisher müssen insbesondere Grenzfälle ihre Bedürftigkeit jährlich nachweisen. Dies betrifft unter anderem Rentnerinnen und Rentner, die mit ihrem Einkommen nur geringfügig über der Einkommensgrenze liegen. Die Gültigkeitsdauer der Düsseldorfspässe soll für den Personenkreis, der jährlich einen Antrag stellen muss, auf einen angemessenen Zeitraum verlängert werden.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Soziales
Politik (Rat), Einzelhandelsverband, Apothekerverband
u. a.

Handlungsempfehlung 2

Sozialticket

Maßnahmen / Vorgehen

Es soll geprüft werden, ob eine Vereinfachung des Ausgabeverfahrens, eine andere Preisgestaltung beziehungsweise Preisanpassung möglich ist. Um konkrete Forderungen gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen zu thematisieren und um auf örtlicher Ebene in Düsseldorf über einen städtischen Finanzierungsbeitrag zur vergünstigten Abgabe des Sozialtickets entscheiden zu können, soll zunächst eine Expertin oder ein Experte das Angebot des VRR und die Finanzierung des Sozialtickets in einer öffentlicher Sitzung des Seniorenrates vorstellen.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Soziales
Seniorenrat, VRR

Handlungsempfehlung 3

Anpassung von Anträgen, Formularen und Bescheiden

Maßnahmen / Vorgehen

Die Verwaltung verwendet zahlreiche Anträge und andere Formulare. Sie erteilt nach ihren Entscheidungen entsprechende Bescheide. Diese sollen überarbeitet und bürgerfreundlich gestaltet und formuliert werden. Das Amt für Soziales wird dies als erstes im Bereich Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung umsetzen. Die „zentren *plus*“ bieten sich als Tester der neuen Formulare an. Die anderen städtischen Ämter und Institute werden durch das Amt für Zentrale Dienste gebeten diesen Hinweis aufzugreifen.

Umsetzung

Federführung Amt für Zentrale Dienste
in Kooperation mit Amt für Kommunikation bei Bedarf

Handlungsempfehlung 4

Prüfung des Verfahrens der jährlichen wiederkehrenden Beantragung der Grundsicherungsleistungen (SGB XII)

Maßnahmen / Vorgehen

Das Amt für Soziales thematisiert die Problematik mit der Bezirksregierung als zuständige Fachaufsichtsbehörde und versucht ein einfacheres Verfahren einzuführen.

Umsetzung

Federführung Amt für Soziales
in Kooperation mit Bezirksregierung (Fachaufsichtsbehörde)

Handlungsempfehlung 5

Mehrsprachiges Informationsmaterial

Maßnahmen / Vorgehen

Die Nationalitäten der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung in Düsseldorf werden ermittelt. Außerdem wird es eine Abfrage zu diesem Thema in anderen Großstädten geben, um zu ermitteln in welchen Sprachen Informationsmaterial für Seniorinnen und Senioren sinnvoll wäre. Als Erstes könnte das Faltblatt zur Grundsicherung übersetzt werden. Nach der Entwicklung bürgerfreundlicher Anträge, können auch diese in verschiedene Sprachen übersetzt werden.

Umsetzung

Federführung Amt für Soziales
in Kooperation mit anderen Großstädten, Amt für Kommunikation

Handlungsempfehlung 6

Behördenkommunikation freundlicher gestalten

Maßnahmen / Vorgehen

Mitarbeitende müssen für den Umgang mit Seniorinnen und Senioren sensibilisiert werden. Dies sollte Teil der Ausbildung sein. Außerdem müssen regelmäßige Schulungen, wie zum Beispiel zielgruppenspezifisches Kommunikationstraining, angeboten werden.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Hauptamt
Amt für Soziales

Handlungsempfehlung 7

Broschüre mit Vergünstigungsangeboten für Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen

Maßnahmen / Vorgehen

Vergünstigungsangebote, die für Seniorinnen und Senioren nützlich sein können, sollen in einer Broschüre zusammengefasst und bekannt gemacht werden. Diese Publikation soll in gedruckter Form und parallel im Internet zur Verfügung gestellt werden. Die Broschüre soll insbesondere praktische Angebote für die Alltagsbewältigung enthalten, aber kurz und übersichtlich sein. Das Amt für Soziales entwickelt einen Vorschlag und stellt diesen im Seniorenrat vor.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Soziales
Seniorenrat, Amt für Kommunikation

Handlungsempfehlung 8

Seniorenhotline

Maßnahmen / Vorgehen

Im Amt für Soziales gibt es bereits eine Seniorenberatung, die telefonisch unter 899 899 9 und per E-Mail unter seniorenberatung@duesseldorf.de zu erreichen ist. Es ist zu prüfen, ob eine Nummer, wie zum Beispiel die 117 analog der Behördennummer 115 auf die Seniorenberatung umgeleitet werden kann.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Soziales
Amt für Kommunikation, Hauptamt

Handlungsempfehlung 9 **Senioren-Sprechstunden**

Maßnahmen / Vorgehen

In Arztpraxen sollen offene Senioren-Sprechstunden, zum Beispiel mittwochs nachmittags, angeboten werden, um Seniorinnen und Senioren zu beraten. Diese Sprechstunden könnten auch in den „zentren *plus*“, Apotheken, Physiotherapiepraxen etc. angeboten werden.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Gesundheitsamt
Amt für Soziales, Seniorenrat, Konferenz Alter und Pflege,
Gesundheitskonferenz

Handlungsempfehlung 10 **Senioren-App**

Maßnahmen / Vorgehen

Mit dem Einsatz moderner Technologien können Seniorinnen und Senioren Angebote unterwegs abrufen. Das Amt für Soziales prüft, ob eine solche App bereits auf dem Markt ist. Alternativ werden Fördermöglichkeiten für die Entwicklung einer solchen App gesucht.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Soziales
Hauptamt, Amt für Kommunikation

Handlungsempfehlung 11 **Klärung von Bedürfnissen von Menschen mit Migrationshintergrund**

Maßnahmen / Vorgehen

Zur Klärung und Erfassung von Bedürfnissen von Menschen mit Migrationshintergrund im Alter sollte ein Austausch mit dem Integrationsrat stattfinden. Dies könnte beispielsweise im Rahmen eines Fachtages möglich sein.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Migration und Integration
Politik (Integrationsrat und Seniorenrat), Amt für Soziales

Handlungsempfehlung 12

Informationen über die Seniorenhilfe (Jugendamt)

Maßnahmen / Vorgehen

Die Seniorenhilfe informiert und berät Seniorinnen und Senioren, die ihren Alltag nicht mehr selbst bewältigen können oder pflegebedürftig sind. Bei Bedarf werden geeignete Hilfen koordiniert. Das Angebot der Seniorenhilfe soll nach der Seniorenratswahl 2019 in einer öffentlichen Sitzung des Seniorenrates nochmals vorgestellt werden.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Jugendamt
Amt für Soziales, Seniorenrat

Handlungsempfehlung 13

Besuchsdienst für Seniorinnen und Senioren

Maßnahmen / Vorgehen

Vereinsamte Menschen, die beispielsweise nicht die „zentren *plus*“ besuchen und nur zuhause erreicht werden können, sollen die Möglichkeit erhalten einen Besuchsdienst in Anspruch zu nehmen. Dies könnte mit der Unterstützung von Initiativen wie Senioren helfen Senioren, Nachbarschaftshilfe à la „hallo Nachbar!“ oder Apothekenlieferdienste und Mahlzeitenlieferdienste erreicht werden. Modelle anderer Städte können als Beispiel dienen.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

„zentren *plus*“ (liga wohlfahrt)
diverse Initiativen, Amt für Soziales

Handlungsempfehlung 14

Aufbau von Netzwerken / Nachbarschaftshilfe

Maßnahmen / Vorgehen

Aktivitäten im Quartier wie beispielsweise in Gerresheim:

- Infostände / Infoveranstaltungen
 - Unterstützung von Initiativen
 - SecondHand-Modenschau
 - Stadtteulflohmarkt
 - Stadtteilrundgänge
 - Angebote am Abend und Wochenende sowie an Feiertagen
- Durch die „zentren *plus*“ und Bezirksverwaltungsstellen könnten Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Soziales
„zentren *plus*“, Bezirksverwaltungsstellen, Familienzentren,
Stadtplanungsamt

Handlungsempfehlung 15 **Zusammenarbeit von Institutionen**

Maßnahmen / Vorgehen

In bestimmten Situationen ist es notwendig, dass verschiedene Institutionen zusammen arbeiten. Es gibt beispielsweise eine gut funktionierende Kooperation des Amtes für Soziales mit den Stadtwerken. Mögliche weitere Handlungsfelder können analysiert werden und es kann bedarfsorientiert gehandelt werden, wenn es die Problematik erfordert.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Soziales
Seniorenrat, Familientisch

Handlungsempfehlung 16 **Sozialraumanalyse**

Maßnahmen / Vorgehen

Das Amt für Statistik und Wahlen kann durch Sozialraumanalysen differenzierte Ausgangslagen feststellen, die bei der Planung von Unterstützungsangeboten hilfreich sein können. Für das Jahr 2019 wurde vom Amt für Soziales für eine Bürgerbefragung das Thema „Einsamkeit und Armut im Alter“ als Schwerpunkt vorgeschlagen.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Statistik und Wahlen
Amt für Soziales

Handlungsempfehlung 17 **Ausbau der Beratungszeiten in den „zentren plus“**

Maßnahmen / Vorgehen

In den „zentren plus“ soll mehr Beratung durch qualifiziert hauptamtlich Beschäftigte und Ehrenamtliche angeboten werden. Dies setzt einen Stundenausbau in den „zentren plus“ voraus. Folgende Schritte sind dafür erforderlich:

- qualifizierte Analyse und Bedarfsaufstellung
- Ausbau von Beratungszeiten (begleitende Beratung)
- Bereitstellung finanzieller Ressourcen
- qualifizierte Fortbildung von Hauptamtlichen
- professionelle Begleitung Ehrenamtlicher durch Ressourcen der Hauptamtlichen und qualifizierte Fortbildung

(siehe auch Handlungsempfehlung 18)

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Soziales
„zentren plus“ (liga wohlfahrt), Projektlenkungsgruppe
„Gemeinsam aktiv für das Alter“, Politik (Rat und
Ausschuss für Gesundheit und Soziales)

Handlungsempfehlung 18

Schaffung zusätzlicher niedrigschwelliger Angebote für die „Alten von morgen“

Maßnahmen / Vorgehen

Angebote müssen sowohl zielgruppenorientiert als auch stadtteilorientiert konzipiert werden. Derzeit wird mit externer Begleitung ein Konzept zur Weiterentwicklung der „zentren *plus*“ erstellt. Das neue Konzept berücksichtigt die folgenden Anregungen:

- weitere Angebote abends und an Wochenenden
- mehr Angebotsformen wie
 - Bewegung und Gesundheit
 - Generationsübergreifend
 - Repair-Cafe
 - Flohmarkt
 - Nachbarschaften (1.000 Tische)

(siehe auch Handlungsempfehlung 17)

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Soziales
„zentren *plus*“ (liga wohlfahrt), Projektlenkungsgruppe
„Gemeinsam aktiv für das Alter“, Politik (Ausschuss für
Gesundheit und Soziales)

Handlungsempfehlung 19

Professioneller Ausbau bürgerschaftlichen Engagements

Maßnahmen / Vorgehen

Es soll ein Konzept für den professionellen Ausbau bürgerschaftlichen Engagements unter Beteiligung und Berücksichtigung bereits vorhandener Angebote und Professionen erstellt werden. So können fehlende Strukturen (Blinde Flecken) herausgearbeitet und neue Strukturen aufgebaut werden. Dieses Konzept wird im Rahmenkonzept zur Integrierten Quartiersentwicklung Berücksichtigung finden, das zurzeit vom Stadtplanungsamt erarbeitet wird.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Büro Oberbürgermeister - Ehrenamt, Social Sponsoring,
Veranstaltungen
Amt für Soziales, „zentren *plus*“ (liga wohlfahrt)

Handlungsempfehlung 20

Einsatz eines mobilen Beratungsdienstes

Maßnahmen / Vorgehen

Es soll ein Konzept mit einem Finanzierungsplan für ein „Altenmobil“ mit Kaffee / „zentrum plus“ auf Rädern erstellt werden.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Soziales
„zentren plus“ (liga wohlfahrt), Politik (Rat und Ausschuss für Gesundheit und Soziales)

Handlungsempfehlung 21

Einbeziehung junger Menschen

Maßnahmen / Vorgehen

Junge Menschen sollen sensibilisiert werden. Die Lebenslagen von Armut und/oder Ausgrenzung bedrohter älterer Menschen soll kommuniziert werden. Es besteht bereits eine Kooperation zwischen dem Seniorenrat und dem Jugendrat. Weitere Kooperationen sollen folgen, beispielsweise mit Schulen und Hochschulen aus unterschiedlichen Fachgebieten, durch Schülerpraktika und Zusammenarbeit mit Studierenden, zum Beispiel auf Übungsleiterbasis.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Seniorenrat
Schulverwaltungsamt, Jugendamt, Amt für Soziales, Jugendrat, Schulen und Hochschulen

Handlungsempfehlung 22

Umzugsmanagement / Wohnungstausch

Maßnahmen / Vorgehen

Das Umzugsmanagement im Amt für Wohnungswesen sollte um ein Wohnungstauschmanagement erweitert werden und umfassende Hilfe anbieten, wie zum Beispiel Beratung bei der Neueinrichtung und Hilfe bei der Entsorgung von Wohngegenständen. Es sollen ferner Modelle etabliert werden, die einen Wohnungstausch finanzierbar und nicht teurer machen. Das Thema hat das Amt für Wohnungswesen bereits im Blick. Es sollen Informationen über vergleichbare Projekte in Berlin eingeholt werden.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Wohnungswesen
Wohnungswirtschaft, liga wohlfahrt

Handlungsempfehlung 23

Wohnrecht stärken

Maßnahmen / Vorgehen

Es soll keine Zweckentfremdung vorhandener Wohnungen geben, zum Beispiel für Ferienwohnungen, Messezimmer und Büros. Leerstand soll vermieden werden. Der Wohnraumnutzung sollte der Vorrang vor anderen Interessen / Umnutzung gewährt werden. Derzeit fehlen in Düsseldorf Wohnungen insbesondere kleine Wohnungen für Seniorinnen und Senioren. Es gibt sehr viele Pendler, sehr viel Büronutzung in Düsseldorf sowie Wohnungen, die als Zweitwohnsitze genutzt werden. Der Leerstand und die Zweckentfremdung von Wohnraum kann derzeit durch die Verwaltung nicht erfasst werden, da es bisher keine Zweckentfremdungs- oder Wohnraumschutzsatzung in Düsseldorf gibt.

Die Politik soll sich dem Thema widmen und eine Satzung beschließen, damit die Verwaltung beim Thema Leerstand und beim Thema Zweckentfremdung tätig werden kann.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Wohnungswesen
Politik (Rat und Fachausschüsse)

Handlungsempfehlung 24

Mehr barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen

Maßnahmen / Vorgehen

Insgesamt sollen mehr öffentlich geförderte Wohnungen insbesondere für Ein-Personen-Haushalte (um die 50 qm) geschaffen werden. Dabei soll von 100 Wohnungen mindestens eine Wohnung rollstuhlgerecht sein. Auch der Wohnungsbestand soll barrierefrei umgebaut werden. Hier sollen Anreize für die Vermieter geschaffen werden. Besondere Bedeutung hat dabei ein barrierefreier Zugang durch Rampen und Aufzüge.

Das Handlungskonzept Wohnen sieht im Rahmen von Bauleitverfahren eine Quote von 40 Prozent vor für preisgedämpfte und für geförderte Wohnungen. Die Anzahl der Sozialwohnungen in Düsseldorf sinkt derzeit trotz Neubau, da viele Wohnungen aus der Sozialbindung herausgefallen sind. Hier fehlen insbesondere kleine Sozialwohnungen, barrierefrei und rollstuhlgerecht. Für Seniorinnen und Senioren mit Einschränkungen ist es sehr schwer eine geeignete Wohnung zu finden. Es gibt ein Besetzungsrecht des Amtes für Wohnungswesen für bestimmte Wohnanlagen, hier bestehen Wartelisten.

Im Handlungskonzept Wohnen soll eine Quote für rollstuhlgerechte Wohnungen aufgenommen werden (1 von 100). Um mehr geförderte Wohnungen bauen zu können werden in der Kommune mehr Landesmittel für den Bau von Sozialwohnungen benötigt.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Stadtplanungsamt
Amt für Wohnungswesen, Politik (Rat und Fachausschüsse)

Handlungsempfehlung 25

Wohnprojekte

Maßnahmen / Vorgehen

- Wohngruppen und Projekte sollen beraten und begleitet werden. Dazu soll die Agentur für Baugemeinschaften gestärkt und weiter qualifiziert werden. Die Verpflichtung von Investoren zur Realisierung von Wohnprojekten soll im Handlungskonzept Wohnen verankert und sodann im Bebauungsplanverfahren verpflichtend festgelegt werden. Es sollen aber auch Anreize für Investoren, zum Beispiel durch Belegungskonzepte, geschaffen werden. Wohnprojekte sollen künftig auch im Wohnungsbestand realisiert werden.
- Die Definition von Wohnprojekten ist nicht ganz eindeutig. Besonders Projekte, die Nachbarschaften stärken werden als Ressource erkannt. Hieraus könnte sich gegebenenfalls ein Auftrag an die „zentren plus“ entwickeln.
- Im Bereich der öffentlichen Förderung von Wohnmodellen der freien Wohlfahrtspflege besteht noch Entwicklungsbedarf. Hier gilt es den Wunsch der Menschen zu respektieren auch im Alter im gewohnten Wohnumfeld leben zu dürfen. Wohnmodelle müssen im Bestand mit Begleitung und Beratung entwickelt werden.
- Fördermöglichkeiten für Wohnmodelle auf kommunaler Ebene sollten entwickelt werden. Der derzeitige Ist-Stand des Projektes Zukunft – Quartier sollte vorgestellt werden.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Wohnungswesen
Politik (Rat, Fachausschüsse, Seniorenrat)

Handlungsempfehlung 26

Werbekampagne zur Bekanntmachung der Angebote

Maßnahmen / Vorgehen

Nach Umsetzung der Handlungsempfehlungen soll eine Werbekampagne gestartet werden, die neue und bewährte alte Angebote bekannt macht. Die Kampagne soll Bürgerinnen und Bürger und auch die Ansprechpartnerinnen und -partner im Alltag (zum Beispiel Arztpraxen, Apotheken, Geschäfte, Banken etc.) einbinden und sie für den Umgang mit Seniorinnen und Senioren sensibilisieren. Die „zentren plus“ bieten Infoschulungen für den Einzelhandel und Banken an.

Umsetzung

Federführung
in Kooperation mit

Amt für Kommunikation, Düsseldorf Marketing
Amt für Soziales, „zentren plus“

Herausgegeben von
Landeshauptstadt Düsseldorf

www.duesseldorf.de